

Leserbrief:

Walter Lennartz

Vorsitzender der Freunde des Sandhäuschens e.V.

Das Bürgerbegehren „Rettet das Sandhäuschen“ und das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes

In Übereinstimmung mit der fachkundigen Meinung unserer Rechtsanwälte haben die Freunde des Sandhäuschens mit großer Enttäuschung zur Kenntnis genommen, dass das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen ihren Antrag auf Zulassung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Aachen abgelehnt hat, mit dem dieses das von ihnen angestrebte Bürgerbegehren für unzulässig erklärte.

Die Enttäuschung resultiert vor allem daraus, dass sich das Gericht mit den zahlreichen Argumenten, die gegen das Urteil vorgebracht wurden, inhaltlich gar nicht auseinandergesetzt hat. So waren die zahlreichen Fehlinformationen, die den Ratsmitgliedern seinerzeit in der Ratsvorlage erteilt wurden als sie den Abriß des Sandhäuschens beschlossen, dem Oberverwaltungsgericht keiner Erwähnung wert.

Schlimmer noch: Das Gericht ist der Auffassung, dass in Fällen wie dem des Sandhäuschens, in denen die Bezirksvertretung nur über die Nutzung einer Gemeindeeinrichtung entscheiden darf, der Rat trotz angestrebtem Bürgerbegehren ohne weiteres über den Abriß der Einrichtung entscheiden könne. Er könne sogar das Bürgerbegehren zum Anlaß für eine solche Entscheidung nehmen.

Mit dieser Entscheidung eröffnet das Gericht dem Stadtrat die Möglichkeit, jedem Bürgerbegehren, das auf Bezirksebene angestrengt wird, die Grundlage zu entziehen.

Dies kann nach Auffassung der Freunde des Sandhäuschens nicht richtig sein und steht in krassem Mißverhältnis zu dem Willen des Gesetzgebers. Dieser hat im Rahmen der letzten Kommunalrechtsreform gerade eine Vorschrift eingeführt, die es den Gemeindeorganen aufgibt, über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens unverzüglich zu entscheiden und es ihnen sodann untersagt, in der Phase nach Feststellung der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens gegenläufige Beschlüsse zu fassen. Wenn aber hier beim Bürgerbegehren Sandhäuschen ausschließlich der Aachener Ratsbeschuß über den Abriß des Gebäudes die Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens herbeigeführt hat, die Zulässigkeitsvoraussetzung im Übrigen also gegeben waren, paßt dies nicht zum Willen des Gesetzgebers.

Das Gericht baut damit für Bürgerbegehren hohe Hürden auf. Andererseits hält es das Gericht auch noch für unschädlich, dass es die Stadt nicht für nötig befunden hat, über den Widerspruch der Vertreter des Bürgerbegehrens gegen die Unzulässigkeitsentscheidung des Rates zu entscheiden, selbst als für die Stadt bereits feststand, dass man das Sandhäuschen abreißen will.

Wenn man die vielen Bürger in Laurensberg, die sich für eine gute Sache einsetzen, auf diese Weise vor den Kopf stößt, muss man sich über zunehmende Politikerverdrossenheit und entsprechende Konsequenzen bei der baldigen Kommunalwahl 2009 nicht wundern.